

Hamburgisches Welt-Wirtschafts-Archiv (HWWA) (Ed.)

Article — Digitized Version

**Kurz kommentiert: Beschäftigungsgipfel - Sozialhilfe -
Luftverkehr - USA - Japan**

Wirtschaftsdienst

Suggested Citation: Hamburgisches Welt-Wirtschafts-Archiv (HWWA) (Ed.) (1997) : Kurz kommentiert: Beschäftigungsgipfel - Sozialhilfe - Luftverkehr - USA - Japan, Wirtschaftsdienst, ISSN 0043-6275, Nomos, Baden-Baden, Vol. 77, Iss. 4, pp. 189-190

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/137460>

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.

Beschäftigungsgipfel Erwartungen nicht erfüllt

Die Gewerkschaften haben eine Neuauflage der im letzten Jahr so kläglich gescheiterten Kanzlerrunde abgelehnt und statt dessen ihrerseits einen Beschäftigungsgipfel einberufen. Unter dem Motto „Zukunft gestalten – Arbeitsplätze schaffen“ diskutierte der DGB mit namhaften Vertretern aus Politik, Arbeitgeberverbänden, Kirchen und Wissenschaft über Wege aus der Massenarbeitslosigkeit. Die hochgesteckten Erwartungen konnten allerdings nicht erfüllt werden. Es reicht nicht aus, darauf zu verweisen, daß es keine Patentrezepte gibt. Als dürrtig sind auch Ergebnisse anzusehen, in denen hauptsächlich dem Staat ein Beitrag zur Senkung der Lohnnebenkosten abverlangt wird, während Arbeitgeber und Gewerkschaften sich vor allem um die Verteilung der Arbeit auf mehr Köpfe bemühen.

Richtig ist zwar, daß der Staat die Sozialsysteme zu reformieren und die versicherungsfremden Leistungen aus diesen Systemen herauszunehmen hat. Dann dürfen aber nicht gleichzeitig von Arbeitgeberseite Lohnsubventionen vom Staat verlangt werden, die es zudem für ältere Langfristarbeitslose bereits gibt, ohne daß sie von den Arbeitgebern in vollem Umfang in Anspruch genommen werden. Auch der Diskussionsvorschlag des IG-Metall-Chefs Zwickel, ab 1999 in der Metallindustrie die 32-Stunden-Woche ohne vollständigen Lohnausgleich einzuführen, sieht die Inanspruchnahme staatlicher Hilfe vor: Da ein Lohnverzicht bei Arbeitszeitverkürzung nicht allen Einkommensgruppen aufgebürdet werden kann, soll die Bundesanstalt für Arbeit Finanzierungshilfe leisten. Um auch auf Dauer ohne staatliche Hilfe bezahlbare Arbeitsplätze zu schaffen, ist aber eine weitere Flexibilisierung der Arbeitszeit sicherlich erfolgversprechender als eine generelle Arbeitszeitverkürzung. dw

Sozialhilfe Tropfen auf den heißen Stein

Derzeit beschäftigt sich die CDU/CSU-Fraktion wieder einmal mit der Sozialhilfe, dieses Mal mit dem erklärten Ziel, durch Einsparungen dort das gesamtwirtschaftliche Haushaltsdefizit zu senken. Die Debatte – sofern sie sich nicht im Allgemeinen verliert – kreist um die Wahrung des Lohnabstandsgebots und

eine verschärfte Mißbrauchskontrolle. Beides wurde allerdings durch die letztjährige Novellierung des Bundessozialhilfegesetzes bereits geregelt. Dort wurden überdies die Sozialhilfeleistungen bis 1999 an die Entwicklung der Nettoeinkommen gebunden, was bei steigenden Lohnnebenkosten auch eine Senkung der Sozialhilfe bedeuten kann.

Warum also die neuerliche Debatte? Als konkrete Maßnahme plant Bundesminister Seehofer bislang lediglich, bundeseinheitliche Pauschalen für einmalige Sozialhilfeleistungen (z. B. Kleidung, Möbel) einzuführen und dadurch die Verwaltungskosten zu senken, gleichzeitig aber auch die Leistungen zu kürzen. Insgesamt sollen durch diese Maßnahmen 250 Mill. DM eingespart werden: ein Tropfen auf den heißen Stein angesichts des 110 Mrd. DM-Lochs in den öffentlichen Haushalten 1996.

Auch insgesamt stimmen die Dimensionen in der Kürzungsdebatte nicht: Von den genannten Sozialhilfeausgaben von 52 Mrd. DM für 1995 betreffen nur ca. 19 Mrd. DM den Bereich, um den sich die Diskussion eigentlich dreht: die Hilfe zum Lebensunterhalt. Auch mit massiven Kürzungen kann hier kaum Wesentliches zur Defizitverringern erreicht werden. Bestürzend bei den jährlich aufflammenden Diskussionen über die Sozialhilfe bleibt, wie wenig die beteiligten Politiker über die Gesetzeslage, die Praxis und die finanzielle Dimension der Sozialhilfe zu wissen scheinen. Ebenso beunruhigend ist es, wenn Politikern nichts Originelleres zur Einhaltung des Maastrichter Haushaltskriteriums einfällt, als ausgerechnet auf die Leistungen an Sozialhilfeempfänger zurückzugreifen. er

Luftverkehr Belastung durch Liberalisierung?

Der europäische Luftverkehr ist seit dem 1. April EU-weit vollständig liberalisiert. Dieser dritte und letzte Schritt der EU bezog sich auf die Kabotage, die für den Luftverkehr innerhalb eines Mitgliedstaates der EU nicht mehr beschränkt ist. Jede Fluggesellschaft darf also innerhalb eines anderen Landes Flüge anbieten und die Preise frei festlegen.

Unter ökonomischen Gesichtspunkten ist diese Maßnahme zu begrüßen, weil nun endlich auch bei Inlandsflügen Wettbewerb herrscht und Monopolpreise vermieden werden können. Unter ökologischen Aspekten könnte jedoch befürchtet werden, daß die

Umwelt stärker belastet wird, weil aufgrund der zu erwartenden niedrigeren Wettbewerbspreise die Nachfrage nach Inlandsflügen wohl steigen wird. Dies würde sich allerdings nur dann negativ auf die Umwelt auswirken, wenn tatsächlich mehr Flüge durchgeführt und nicht nur die Maschinen besser ausgelastet würden. Eine bessere Auslastung könnte sogar positiv auf die Umwelt wirken, wenn die Fluggäste sonst andere, ebenfalls mit Emissionen verbundene Verkehrsmittel benutzen würden.

Es ist jedoch nicht von der Hand zu weisen, daß aufgrund des wohl relativ hohen Nachfragepotentials auch die Anzahl der Flugbewegungen zunehmen wird. Die negative ökologische Wirkung spricht jedoch nicht gegen eine Liberalisierung des europäischen Luftverkehrs. Ökologische Ziele werden genauer mit gesonderten Mitteln erreicht. Die relativ hohen Emissionen der Flugzeuge könnten beispielsweise durch eine längst überfällige, entsprechend hohe Besteuerung des Kerosins in der gewerblichen Passagierluftfahrt begrenzt werden. cw

USA

Vorbeugende Zinserhöhung

Die amerikanische Zentralbank hat Ende März erstmals seit Anfang 1995 die monetären Zügel wieder leicht gestrafft; sie hob den Tagesgeldsatz um $\frac{1}{4}$ Prozentpunkt auf nunmehr 5% an. Begründet wurde der Zinsschritt mit der anhaltenden Stärke der gesamtwirtschaftlichen Nachfrage, die die Gefahr inflationärer Ungleichgewichte zunehmend erhöhe und damit den Aufschwung gefährden könnte.

Wenn es auch in den USA nach sechs Jahren des Aufschwungs keine Anzeichen einer akuten Inflationsbeschleunigung gibt, so war der Zinsschritt an den Märkten doch weitgehend erwartet worden. Denn die Sicherung einer spannungsfreien Expansion kann schon wegen der Wirkungsverzögerungen monetärer Maßnahmen nur durch eine vorausschauende, frühzeitig eingreifende Geldpolitik erreicht werden. Vor dem Hintergrund der kräftigen, in den vergangenen Monaten über das Potentialwachstum hinausgehenden Ausweitung von Nachfrage und Produktion war daher eine präventive Stabilisierungsmaßnahme durchaus zu rechtfertigen.

Ein zusätzliches Indiz für eine bevorstehende Zinserhöhung waren die seit Jahresbeginn wiederholt

vorgebrachten kritischen Kommentare des Zentralbankchefs Alan Greenspan zu den Gefahren, die von spekulativen Übersteigerungen am Aktienmarkt für einen anhaltenden Aufschwung ausgehen könnten. Die Zinserhöhung ist vor diesem Hintergrund nicht nur als vorsorgliche Versicherung gegen inflationäre Tendenzen zu verstehen. Sie soll wohl insbesondere ein Signal dafür sein, daß die Zentralbank gegenwärtig dem Geschehen am Aktienmarkt besondere Aufmerksamkeit schenkt und etwaigen, aus ihrer Sicht irrationalen Entwicklungen notfalls entgegenwirken wird. cb

Japan

Countdown für Banken

Anfang April kündigte die Nippon Credit Bank (NCB), die zu den zwanzig größten Banken Japans zählt, umfassende Sanierungsmaßnahmen an. Sie wird drei ihrer Finanzierungsgesellschaften liquidieren, ihre Zweigstellen und Büros im Ausland schließen, ihren Firmensitz in Tokio verkaufen, dazu all ihre Zweigstellen in Japan und sämtlichen Immobilienbesitz. Die Zahl ihrer Direktoren wird verringert und deren Gehalt um die Hälfte gekürzt. Ihren Angestellten werden Gehaltseinbußen von bis zu 30% auferlegt, und die Zahl der Beschäftigten wird um 600 auf etwa 2000 schrumpfen. Um Verluste vor Steuern in Höhe von 350 Mrd. Yen zu verkraften, wird die NCB die Bank von Japan und andere Banken um eine Kapitalspritze von 300 Mrd. Yen angehen; allein auf die japanische Zentralbank entfallen dabei 80 Mrd. Yen.

Kapitalismus à la Nippon. Die Ursache für die Verluste sind Abschreibungen für notleidende Kredite in Höhe von 460 Mrd. Yen allein im letzten Jahr. Die Mittel gingen an die drei Finanzierungsgesellschaften, die jetzt vor dem Distriktgericht in Tokio ihren Bankrott erklärten. Sie weisen zusammen einen Schuldenberg von über 2 Billionen Yen auf. Circa 30 000 solcher Nichtbankenfinanziere gibt es in Tokio. Auf der Höhe einer Spekulationswelle von den Banken gegründet, sind die meisten von ihnen nach westlichen Maßstäben längst pleite. Ihr Zusammenbruch kann, wie der Fall NCB zeigt, jederzeit über die mit ihnen verbundenen Banken hereinbrechen und diese selbst an den Rand ihrer Existenz treiben. Die japanische Regierung plant für das Jahr 2001 eine umfassende Finanzmarktliberalisierung. Soll sie nicht zu einem Risikospiegel werden, muß die Krise bis dahin bewältigt sein. Wie, steht bislang in den Sternen. Der Countdown läuft. re